

Medien-Information

30. September 2014

Bauliche Erneuerung des UKSH: Vertragsunterzeichnung mit Bieterkonsortium BAM/ VAMED zur Realisierung des Großprojektes

KIEL. Der Vertrag zur baulichen Erneuerung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) wird heute (30. September) in Kiel zwischen UKSH und Bieterkonsortium unterzeichnet. Den Zuschlag im Vergabeverfahren hat das Konsortium BAM/ VAMED erhalten. Das private Konsortium wird das Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft mit dem UKSH realisieren. Die Kosten für Planung, Neubau und Sanierung von Immobilien des UKSH betragen rund 520 Millionen Euro. Das Gesamtprojekt weist über eine Vertragslaufzeit von 30 Jahren ein Vertragsvolumen von rund 1,7 Milliarden Euro aus und beinhaltet den anschließenden Betrieb und die laufende Instandsetzung der Immobilien.

„Die bauliche Erneuerung des UKSH ist starkes Signal für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Zugleich ist sie ein wichtiger Beitrag für eine verlässliche Gesundheitsversorgung im Land“, so Wissenschafts- und Gesundheitsministerin Kristin Alheit.

Rolf Fischer, Aufsichtsratsvorsitzender des UKSH und Wissenschaftsstaatssekretär, betonte: „Die bauliche Erneuerung und damit die Schaffung effizienter Strukturen tragen zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Konsolidierung des UKSH bei.“ Für eine größere Wirtschaftlichkeit müssten zudem eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung insgesamt und eine Verbesserung interner Strukturen im UKSH beitragen, die im Einvernehmen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgesetzt werden sollte, so Fischer.

„Die Verwirklichung des baulichen Masterplans sichert die Krankenversorgung der Menschen in Schleswig-Holstein für die kommenden Dekaden und stärkt Innovationskraft von Forschung und Lehre“, betont Prof. Dr. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH). „Für rund 12.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eröffnet sich die greifbar nahe Perspektive hochattraktiver Arbeitsplätze in Kiel und Lübeck.“

Die baulichen Arbeiten (Neubauten und Sanierungsarbeiten an Bestandsgebäuden) an den Standorten Kiel und Lübeck sollen im kommenden Jahr beginnen und vo-

raussichtlich 2021 abgeschlossen werden, der Betrieb der Immobilien ist vertraglich bis zum Jahr 2044 vereinbart. Vertragsunterzeichner sind Prof. Dr. Jens Scholz und Peter Pansegrau (beide UKSH), Christian Diringer, Geschäftsführer BAM PPP Deutschland GmbH und Frank-Michael Frede, Geschäftsführer VAMED Health Project GmbH. Die BAM PPP Deutschland GmbH ist eines der führenden deutschen Bauunternehmen und Tochter der niederländischen Royal BAM Group. Die VAMED Gruppe hat sich auf die Errichtung, Erneuerung und Betrieb der Infrastruktur von Krankenhäusern spezialisiert.

Thomas Losse-Müller, Chef der Staatskanzlei und ehemaliges Aufsichtsratsmitglied/ Finanzstaatssekretär, der in dieser Funktion das Verfahren begleitet hatte: „Durch die Zusammenarbeit mit einem privaten Partner ist es uns möglich, trotz der finanziell engen Rahmenbedingungen des Landes, das UKSH umfangreich zu sanieren. Das Finanzministerium wird den gesamten weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess partnerschaftlich und kritisch begleiten.“

Aufsichtsratsmitglied und Gesundheitsstaatssekretärin Anette Langner betonte: „Rund ein Viertel aller stationären Leistungen in Schleswig-Holstein werden im UKSH erbracht. Mit der baulichen Erneuerung werden die Weichen für eine zukunftsfähige Maximalversorgung in Schleswig-Holstein gestellt. Davon werden die Patientinnen und Patienten im Land profitieren.“

Das Verfahren

Bereits 2008 hat es einen sogenannten Masterplan für die Sanierung des UKSH gegeben, 2011 beschloss der Landtag dann die Einleitung eines Markterkundungsverfahrens und die Suche nach einem privaten Partner. 2012 wurde das Vergabeverfahren in Form eines Wettbewerblichen Dialogs eingeleitet. Die Kennzeichen des Verfahrens: Dem privaten Partner werden Planung, Bau und Betrieb der Immobilie übertragen, Eigentümer bleibt das Land Schleswig-Holstein. Vorteil ist, dass es einen zentralen und verantwortlichen Partner für Planung und sämtliche Bauten gibt. Finanziert wird das Projekt zu 75 Prozent vom UKSH, der private Anteil des Bieters liegt bei 25 Prozent. Das Land ist nicht direkt, sondern nur mittelbar – über eine sogenannte Gewährträgerhaftung – von der Finanzierung betroffen. Im Mai 2014 legten die Teilnehmer des wettbewerblichen Dialogs ihre Angebote vor, diese wurden auf ihre Wirtschaftlichkeit (2-stufiges Verfahren zur Prüfung der absoluten und relativen Wirtschaftlichkeit) und Erfüllung der Zielvorgaben überprüft. Zudem gab es eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater des Finanzministeriums. Der Aufsichtsrat hat sich nach einem in einem anonymisierten Verfahren erstellten Votum durch die Landesregierung am 15. Juli für den geeigneten Bieter entschieden, der nach Ende der Bankenprüfung am 19. September durch den Aufsichtsrat bestätigt worden ist.

Die Kosten

Insgesamt sollen 520 Millionen Euro an den Standorten Kiel und Lübeck verbaut werden. Über die Laufzeit von 30 Jahren beträgt das Vertragsvolumen insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro, darin enthalten sind neben dem Bau auch der anschließenden Betrieb und die laufende Instandsetzung der Immobilien. Zur Refinanzierung der Kosten für Planung, Bau und Finanzierung soll eine sogenannte Effizienzrendite beitragen: Zum einen durch Einsparpotenziale aus einer baulich-funktionell verbesserten Struktur und optimierter Betriebsabläufe. Und zum anderen durch Expansionspotenziale, da mehr Patientinnen und Patienten behandelt werden können. Die Erreichung der Effizienzrendite ist vor allem eine Management-Aufgabe des UKSH-Vorstandes. Das Land wird ein umfassendes Controlling des Projektes durchführen.

Das Bauprojekt

Die Bausubstanz des UKSH hat sich seit rund 100 Jahren entwickelt. Es gibt beispielsweise Kliniken wie die Augenklinik und die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik in Lübeck, die in Lazarettbaracken von 1936 untergebracht sind. In Kiel befindet sich die Innere Medizin in einem Marinelazarett, das vor dem Zweiten Weltkrieg erbaut wurde. Das Zentralklinikum in Lübeck wurde in den 80er-Jahren errichtet. Ein Großteil der Gebäude kann damit nicht mehr unter klinischen und wirtschaftlichen Aspekten betrieben werden und macht die umfangreiche bauliche Sanierung des UKSH notwendig.

Das neue medizinische und baulich-funktionelle Strukturkonzept sieht eine Zentralisierung vor. So sollen beispielsweise bestehende Pavillonstrukturen in Zentralkomplexe überführt werden. In Lübeck erfolgt der Endausbau des Zentralklinikums und in Kiel soll ein Zentralkomplex auf dem sogenannten Roten Platz entstehen, in den auch Bestandsbauten eingebunden werden. Durch die mit dem Zentralisierungskonzept verbundene Stilllegung von sanierungsbedürftigen Gebäuden entfallen die von Jahr zu Jahr steigenden Sanierungskosten. Neben dem Neubau sind auch umfangreiche Umbauten, Sanierungen und Renovierung Bestandteil des Immobilien-Projektes.

Hinweis für die Redaktionen: Bilder der geplanten Neubauten sowie weitere Informationen können unter www.uksh.de/Masterplan.html heruntergeladen werden.

UNIVERSITÄTSKLINIKUM Schleswig-Holstein; Oliver Grieve; Pressesprecher
Leiter der Stabsstelle Integrierte Kommunikation; Campus Kiel; Arnold-Heller-Straße 3 (Haus 31), 24105 Kiel; Tel.: 0431 597-5544 ▪ Fax: -4218; Campus Lübeck, Maria-Goeppert-Str. 7 b ▪ 23562 Lübeck; Tel.: 0451 500-5544 ▪ Fax: -2161;
Oliver.Grieve@uksh.de ▪ www.uksh.de

Christian Kohl | Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein | Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel | Telefon 0431 988-5317 | Telefax 0431 988-5344 | E-Mail: pressestelle@sozmi.landsh.de | Medien-Informationen der Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter www.schleswig-holstein.de | Das Ministerium finden Sie im Internet unter www.sozialministerium.schleswig-holstein.de/